

TOP 3.7.5 Drittes Hilfspaket für Griechenland

1. Beschreibung der Problematik

Seit 2010 ist Griechenland von den finanziellen Hilfsprogrammen der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds abhängig, nachdem es dem griechischen Staat nicht mehr möglich ist, sich über die privaten Finanzmärkte zu refinanzieren. Nachdem trotz oder gerade wegen der Sparmaßnahmen aus den ersten beiden Hilfspaketen für Griechenland die Schuldenquote von 145% im Jahr 2010 auf 175% Ende 2014 gestiegen ist, ist eine Rückkehr Griechenlands auf die Finanzmärkte nach wie vor ausgeschlossen. Dies trotz des Umstands, dass die absolute griechische Staatsverschuldung zwischen 2010 und 2014 um rund 12 Mrd. € auf 317 Mrd. € gesunken ist.

Die hellenische Republik stellte am 8. Juli 2015 beim Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) einen Antrag auf Stabilitätshilfe. Griechenland musste sich in einem am **20. August unterzeichneten Memorandum of Understanding (MoU)** zu weiteren umfangreichen Sparmaßnahmen und Reformen verpflichten. Das Kreditvolumen soll **bis zu 86 Mrd. €** für den Zeitraum 2015 und 2018 betragen. Rund zwei Drittel der Gelder dienen der Bezahlung fälliger Kredite, Zinsen und anderer Verbindlichkeiten. Mehr als ein Viertel der Gelder bzw. 25 Mrd. € sollen für die Bankenrekapitalisierung verwendet werden. Der Bruttofinanzbedarf Griechenlands von rund 94 Mrd. € soll sich um 2 Mrd. € aus Primärüberschüssen aus dem Budget und rund 6,4 Mrd. € aus Privatisierungen reduzieren. Der kalkulierte Nettofinanzbedarf für den Zeitraum 2015-2018 liegt daher bei rund 85,2 Mrd. €.

2. Auswirkungen

Die ersten beiden Hilfspakete:

Bereits die ersten beiden Hilfspakete hatten gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung und das Wirtschaftsleben Griechenlands. Die Budgetausgaben wurden zwischen 2010 und 2014 insgesamt um mehr als 25% gekürzt. Das Bruttoinlandsprodukt sank um fast 21% bzw von rund 300 auf 238 Mrd. €. Es kam es zu einem dramatischen Rückgang der Beschäftigung: Die Anzahl der Beschäftigten brach um 800.000 auf 3,7 Mio. Personen ein. Die Beschäftigungsquote sank auf 53,3%. Die Arbeitslosigkeit explodierte auf 26,5%. Laut EU-Kommission sind 36% der Bevölkerung von Armut bedroht. Ein Bericht der Böckler-Stiftung informiert, dass die Löhne um rund ein Fünftel gesunken sind, rund die Hälfte der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr. Die für 2020 vorgesehene Senkung der Verschuldung auf 124% des BIP dürfte aufgrund der Folgewirkungen der Sparmaßnahmen verfehlt werden, die Schuldenquote hat sich weiter erhöht und liegt 2014 bei 175%.

Das dritte Hilfspaket:

Die wichtigsten Ziele, die laut dem MoU erreicht werden sollen, sind die Erreichung von Stabilität in der Fiskalpolitik und am griechischen Finanzmarkt sowie die Schaffung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit bzw. Investitionen und die Schaffung einer modernen und effizienten Verwaltung.

Folgende Maßnahmen wurden ua vereinbart:

- 2015 soll trotz eines für dieses Jahr prognostizierten Rückgangs der Wirtschaftsleistung um 2 bis 4% ein nahezu unverändertes Primärdefizit von 0,25% des BIP erreicht werden und in Folge 2016 ein Primärüberschuss von 0,5%, 2017 von 1,75% und 2018 von 3,5%.

- Die Pensionen werden über eine Gesundheitsabgabe um 6% gekürzt; Ausgaben für Pensionen sollen dieses Jahr um 0,25% und ab nächstem Jahr um 1%, Sozial- und Wohlfahrtsausgaben um 0,5% reduziert werden; Der Zugang zu Frühpensionen soll weiter erschwert werden.
- Die Mehrwertsteuer, ua auf Grundnahrungsmittel wurde bereits von 13 auf 23% erhöht.
- Steuervergünstigungen für Landwirte und Reeder sollen auslaufen.
- Selbstbehalte im Gesundheitssektor sollen erhöht werden.
- Militärausgaben sollen ab 2016 um 400 Mio. € gesenkt werden.
- Umfangreiche Maßnahmen zur Eintreibung offener Steuern und Beiträge sind vorgesehen.
- Die Versorgung mit Lebensmitteln, Behausung und Gesundheitsdiensten soll verbessert werden.
- Für 50.000 Langzeitarbeitslose und 150.000 Arbeitssuchende sind Arbeitsmarktmaßnahmen vorgesehen, jedoch ohne Mittel dafür aus dem Hilfspaket vorzusehen.
- Privatisierungen: Erlösvolumen bis 2018 von rund 6,4 Mrd. €, langfristig 50 Mrd. €. Eine Liste mit zu privatisierenden Objekten gibt keine Auskunft über zu erzielenden Erlöse.
- Das Volumen der faulen Kredite ist in Griechenland nicht zuletzt aufgrund der jahrelangen Rezession und der hohen Arbeitslosigkeit per Ende 2014 auf 73 Mrd. € angestiegen. Daher ist eine Bankenrekapitalisierung in Höhe von 25 Mrd. € notwendig.

Griechenland hat 2014 erstmals wieder ein bescheidenes Wirtschaftswachstum von 0,8% und einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit um 1% auf 26,5% erreicht. Diese positive Entwicklung hat sich in den ersten 2. Quartalen 2015 noch verstärkt. Insgesamt scheint das Paket jedoch die bisherigen Fehler in Griechenland zu wiederholen. Wachstums- und Beschäftigungsinitiativen sind praktisch nicht enthalten, sodass der makroökonomische Ausblick negativ bleibt. Vielmehr ist zu befürchten, dass insbesondere die fiskalpolitischen Maßnahmen die Wirtschaft neuerlich schwächen werden.

3. Stand der Verhandlungen

Die Auszahlung der Hilfstranchen wird von den Fortschritten bei den einzelnen Maßnahmen abhängig gemacht. Der Internationale Währungsfonds beteiligt sich derzeit noch nicht an dem Hilfspaket. Der IWF macht eine Beteiligung von Schuldenerleichterungen für Griechenland abhängig, weil er die **Schuldentragfähigkeit** der hellenischen Republik als nicht gegeben ansieht. Verhandlungen über eine Mitwirkung des IWF sollen im Oktober beginnen. Der Vorsitzende der Euro-Gruppe wiederum, Jeroen Dijsselbloem, setzt eine Teilnahme des IWF am dritten Hilfspaket als „unabdingbar“ voraus.

Nachdem es keine entscheidenden Änderungen der Kräfteverhältnisse bei den griechischen Wahlen vom 20. September gegeben hat, bleiben die Ansprechpartner auf griechischer Seite die VertreterInnen unter der Regierungskoalition von SYRIZA und ANEL.

4. Forderung der AK

- Die AK hat mit verschiedenen Aktionen und Interventionen die Austeritätsmaßnahmen gegenüber Griechenland kritisiert - dies unbeschadet eines beträchtlichen Eigenanteils Griechenlands an der Misere. Das Memorandum of Understanding wird zu einer neuen Rezession führen, die Lage Griechenlands abermals verschlechtern, und ist daher der falsche Weg zur Bewältigung der Krise in Griechenland.
- Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den Sozialsektor sind nötig, um damit Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.